



Zur Situation der Roma

Erklärung des Kirchenkreisrates vom 30. März 2016

Wie viele andere Kirchengemeinden und Einrichtungen der Kirche und Diakonie in Deutschland erleben wir im Kirchenkreis Hamburg-Ost, dass sich die Situation der im Bereich unseres Kirchenkreises lebenden Roma in den letzten Monaten noch einmal deutlich zugespitzt hat. Die Verschärfungen des Asylrechts sowie die Einstufung weiterer Länder als sog. „sichere Herkunftsstaaten“ bedeutet für viele Betroffene eine Bedrohung an Leib und Leben, die sie auch direkt so empfinden. Das spiegelt sich unter anderem in einer wachsenden Anzahl der Bitten um Schutz wieder, z. B. nach Gewährung von Kirchenasyl. Unsere kirchenkreislichen Einrichtungen und Kirchengemeinden können diesen Anfragen mittlerweile allein schon aufgrund der hohen Anzahl nicht mehr gerecht werden, auch wenn wir sie nach unseren Maßstäben für gerechtfertigt halten. Das stößt viele der Betroffenen in spürbare Verzweiflung, Angst und mitunter Panik. Diejenigen von uns, die sich hier engagieren, erfahren es als Gewissensnot, gegen ihr Selbstverständnis als Bürger und Bürgerinnen dieses Landes und als Christen Schutzbedürftige abweisen zu müssen, weil die aktuellen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen eine Hilfe perspektivlos sein lassen.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir ausdrücklich den aktuellen „Aufruf zur Solidarität mit den Sinti und Roma Europas“ der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, der u. a. auch von Amnesty International Deutschland und dem Diakonischen Werk Deutschland unterzeichnet worden ist. Dieser Aufruf weist auch auf unsere besondere deutsche Verantwortung hin, da der Antiziganismus im NS-Deutschland zur systematischen Ermordung hunderttausender Sinti und Roma geführt hat. Auch dem wissen wir uns verpflichtet, wenn Roma uns heute um Hilfe bitten.

Wir – der Kirchenkreisrat des Kirchenkreises Hamburg-Ost – wenden uns deshalb mit dieser Erklärung direkt an die Verantwortlichen im Bundesinnenministerium, im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie an die Bundestagsabgeordneten unseres Kirchenkreises. Wir fordern sie auf, alles Notwendige dafür auf den Weg zu bringen, dass der Schutz von aus ihrer Heimat geflüchteten Roma in Deutschland solange gewährt wird, bis die Roma in ihren Heimatländern als Bürgerinnen und Bürger mit gleichen Rechten anerkannt sind und dieses durch staatliches Handeln gewährleistet wird. Wir fordern konkret von der zuständigen Bundesbehörde, dass Roma-Flüchtlinge als Antragsteller ohne jede Benachteiligung behandelt werden, dass ihre Fluchtgründe vollständig und unvoreingenommen geprüft und die bestehenden asylrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die gruppenspezifische Verfolgung von Roma darf bei der Prüfung der Asylgründe nicht ausgeblendet werden. Einer Stigmatisierung als „Asylbetrüger“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ treten wir entgegen.

Ebenfalls bitten wir die Verantwortlichen der Ausländerbehörde in Hamburg, in ihrem Verantwortungsbereich, etwa im Vollzug von Abschiebungen in Situationen, die für die Betroffenen ohnehin schon extrem belastend sind, von weiteren unnötigen Härten abzusehen, etwa von Abschiebungen im Morgengrauen oder von der Infragestellung ärztlicher Bescheinigungen.